

Pressemitteilung  
Communiqué de presse

Seiten / Pages : 2

Datum / Date : 19/11/19

Abschaffung der 80/80/90-Regelung unter Dach und Fach

## CGFP-Hartnäckigkeit zahlt sich aus

An diesem Dienstag hat das Parlament endlich den Gesetzentwurf zur Abschaffung der höchst umstrittenen 80/80/90-Regelung einstimmig gebilligt. Ab sofort beziehen demnach Berufseinsteiger im öffentlichen Dienst wieder rückwirkend zum 1. Januar 2019 ein volles Gehalt während ihres Praktikums. Auch öffentlich Bedienstete, die vor weniger als drei Jahren vom Staat eingestellt wurden, werden jetzt zu 100% entschädigt.

Die bei der Pensionsversicherung erfolgten Einbußen werden den Betroffenen rückwirkend vom Staat ausgeglichen. Gleichzeitig wird die Stage-Zeit von drei auf zwei Jahre begrenzt. Dank dem unermüdlichen Engagement und dem Verhandlungsgeschick der CGFP wurde somit eine haarsträubende Ungerechtigkeit auf Kosten der kommenden Generationen aus der Welt geschafft.

Der wachsende Unmut gipfelte im November 2017 in einer groß angelegten CGFP-Protestkundgebung. Nach zähem Ringen wurde schließlich am 15. Juni 2018 das entsprechende Abkommen mit dem damaligen Beamtenminister Dan Kersch unterzeichnet. Die Regierung verpflichtete sich darin, die 2015 in Kraft getretene Kürzung der Entschädigungen rückwirkend zum 1. Januar 2019 abzuschaffen. Die mit der CGFP getroffene Übereinkunft stellt ein Abkommen *für* und nicht *gegen* den öffentlichen Dienst dar.

Die CGFP bedauert jedoch, dass die Abstimmung im Parlament sage und schreibe 16 Monate nach der Unterzeichnung des entsprechenden Abkommens stattgefunden hat. Diese Verzögerung ist u.a. dem Staatsrat zuzuschreiben, dessen Gutachten lange auf sich warten ließ. Die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten pochte stets auf eine rasche Verabschiedung des Gesetzes. Dabei ging es ihr vorrangig darum, sicherzustellen, dass auch jene Praktikanten, die sich bereits in der Ausbildung befinden, in den Genuss des verkürzten Referendariats kommen.

Für die CGFP ist es zudem nicht nachvollziehbar, dass infolge der verkürzten Stage-Zeit die Anzahl der obligatorischen Ausbildungsstunden („formation générale“) in einigen Laufbahnen massiv gesenkt werden soll. Eine ähnliche Schlussfolgerung zog auch bereits die Berufskammer der Staatsbediensteten in ihren diesbezüglichen Gutachten.

---

Kurzfristig mag sich die verringerte Praktikantenzeit in vereinzelt Verwaltungen schwieriger gestalten. Eine Herabsetzung der obligatorischen allgemeinen Ausbildungsstunden wäre jedoch völlig fehl am Platz. Als nämlich 2015 das Referendariat von zwei auf drei Jahre erhöht worden war, wurde die Anzahl der Ausbildungsstunden nicht dementsprechend angepasst. Folglich gibt es zum jetzigen Zeitpunkt absolut keinen Grund, in die andere Richtung zu preschen.

Noch immer werfen manche Kritiker der CGFP vor, die Einführung der 80/80/90-Regelung mitverschuldet zu haben. Die Hintergründe bleiben dabei unerwähnt. Fakt ist, dass die damalige schwarz-rote Regierung es auf die Anfangsgehälter der staatlichen festangestellten Mitarbeiter abgesehen hatte. Um einen folgenschweren Sozialkonflikt und weitreichende Einbußen zu vermeiden, hatte die CGFP schweren Herzens beschlossen, der 80/80/90-Regelung zuzustimmen.

Es sei zudem daran erinnert, dass die Rückführung der 80/80/90-Regelung das Ergebnis einer beeindruckenden Geste der Solidarität seitens der CGFP zugunsten der jüngeren Generationen ist. Beim Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016 hatten die CGFP-Fachverbände bewusst auf eine lineare Punktwerthöhung verzichtet. Stattdessen sprachen sie sich für die Abschaffung der sinnlosen Regelung aus. Diese geschlossene Herangehensweise ist der beste Beweis dafür, dass der soziale Zusammenhalt innerhalb der CGFP tatsächlich gelebt wird.

In vereinzelt Patronatskreisen hieß es 2018, die Regierung habe sich von der CGFP erpressen lassen. Diese kühne Behauptung wirkt auch heute noch realitätsfremd. Die 2015 in Kraft getretene Kürzung der Entschädigungen war eine reine Sparmaßnahme. Die Leidtragenden waren junge Berufsanfänger, die ohnehin schon mit den schwindelerregenden Wohnungsbaukosten zu kämpfen haben.

Angesichts des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs in den Folgejahren war diese kontraproduktive Sparmaßnahme erst recht nicht mehr tragbar. Erschwerend hinzu kam, dass die gekürzten Entschädigungen der Praktikanten zur Schaffung billiger Arbeitsplätze missbraucht wurden, getreu dem Motto „100% arbeiten und 80% verdienen.“ Die CGFP-Forderung, diese längst überfällige Maßnahme rückgängig zu machen, war keineswegs eine Gehaltsforderung im herkömmlichen Sinne. Ausschlaggebend dafür war, dass die maßgebliche Reform des Stage – eine Grundvoraussetzung für die damalige Zustimmung der CGFP – nie wirklich eingetreten ist.